

Kanzler der heissen Luft

Friedrich Merz' «Herbst der Reformen» ist schon wieder verflogen. Derweil erzielt die rechte Opposition neue Umfrage-Rekorde.

Die neusten Umfrageergebnisse sind spektakulär: Ein Jahr vor den Landtagswahlen kommt die Alternative für Deutschland (AfD) in Sachsen-Anhalt auf 39 Prozent. Die CDU erreicht 27 Prozent. Noch bei der letzten Erhebung im Juni war die Kirche für die Christlich-Demokraten im Dorf gewesen: Sie lagen bei 34 Prozent, die AfD bei 30. Der Sprung der Alternative ist enorm: fast 10 Prozentpunkte seit dem Frühsommer – und fast 20 seit den letzten Wahlen von 2021. Würde heute gewählt, würde die AfD ihren Anteil also praktisch verdoppeln.

Ein derartiges Hoch können auch die Medien nicht verschweigen. Je nach politischer Ausrichtung verwenden sie dafür unterschiedliche Worte: N-TV spricht von einer «Schock-Umfrage», die *Bild* von einer «überraschenden Trendwende» und einer «AfD-Bombe». Hinzu kommt: Die Rechtspartei hat im Osten Deutschlands bald flächendeckend die Nase vorn. Und auch auf Bundesebene ist sie gemäss dem Meinungsforschungsinstitut Forsa die vierte Woche in Folge vor der Union (mit 26 gegenüber 25 Prozent). Die Daten, erhoben im Auftrag von RTL, zeigen weiter, dass seit der letzten Bundestagswahl nur die AfD und die Linke neue Wähler mobilisieren konnten.

Auf Bärbel Bas' Kurs

Diese Nachrichten kommen just zu einem Zeitpunkt, da CDU-Kanzler Friedrich Merz im Streit um notwendige Sozialstaatskürzungen vor seinem Koalitionspartner SPD einmal mehr einknickt. Zur Erinnerung: Erst rund eine Woche ist es her, dass Merz verkündet hatte: «Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar.» Das amerikanische *Wall Street Journal* feierte ihn darauf als furchtlosen Tabubrecher («Ein Politiker spricht das Unausprechliche aus»). Der Kanzler selbst versprach vollmundig einen «Herbst der Reformen».



Die SPD führt ihn am Nasenring: CDU-Chef Merz.

Die Kritik aus der eigenen Regierung, die solche Reformen ja vorantreiben und umsetzen müsste, liess nicht lange auf sich warten. Noch während die Koalitionäre die Köpfe zusammensteckten, kanzelte Sozialministerin Bärbel Bas (SPD) die Aussagen des Kanzlers öffentlich als «Bullshit»,

78 Prozent trauen Merz die Reformen nicht zu. 9 Prozent wissen es nicht. Bleiben noch 13 Prozent, die ihm trauen.

als Blödsinn, ab. Dies spiegelte den «Frust in der Koalition» wider, kommentierte die linksliberale *Zeit*. Man könnte es auch einen weiteren Beleg für die verkehrten Machtverhältnisse nennen: Der Juniorpartner SPD führt den CDU-Kanzler am Nasenring. Am Mittwoch gab Merz bereits nach: «Wir sind uns einig, dass wir den Sozialstaat erhalten wollen. Wir wollen ihn nicht schleifen, wir wollen ihn nicht abschaffen, wir wollen ihn nicht

kürzen, sondern wir wollen ihn in seinen wichtigsten Funktionen erhalten, und das heisst: Wir wollen ihn reformieren.»

Der Widerspruch ist so greifbar wie die Halbwertszeit der Versprechen kurz: Der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar, aber kürzen will ihn der Kanzler nicht? Dass da eine Bärbel Bas sofort einhakt und triumphiert, ist kein Wunder. Merz habe es gerade angesprochen, meinte sie: «Es geht nicht darum, den Sozialstaat zu schleifen oder Leistungen zu kürzen.» Reformen ja, Einsparungen nein. «Da sind wir auf dem gleichen Kurs.»

Neues Berliner Gaunerwort

Offensichtlich ist dies das neue Gaunerwort, auf das sich die Koalition in Berlin geeinigt hat: Man macht «Reformen», die freilich nur so genannt werden, aber keine sind. Ausser der Bundesregierung selbst scheint das jetzt schon jedem klar zu sein. «Das Merz-Märchen von den Reformen im Herbst», titelt *Focus*. Die *Neue Zürcher Zeitung* meldet, selbst «Regierungspolitiker» rechneten nicht

damit, dass diese Reformen ihrem Namen gerecht werden würden. Auch die Wähler glauben laut dem Trendbarometer von RTL/N-TV nicht, dass die Bundesregierung bereit ist, «im Bereich der sozialen Sicherungssysteme in den nächsten Jahren grundlegende Reformen voranzubringen». Die Umfrageresultate dazu sprechen eine deutliche Sprache: 78 Prozent trauen dies dem Merz-Kabinett nicht zu. 9 Prozent wissen es nicht. Bleiben noch 13 Prozent, die dem Kanzler trauen. Hingegen denken vier von fünf Deutschen, dass der Sozialstaat dringend reformiert werden müsse.

Diese Entwicklung ist auch deshalb bedeutsam, weil sie nahelegt, dass der Zustrom der Wähler zur AfD längst nicht mehr nur auf das Konto der Zuwanderung geht. Auch im Bereich von Finanzen und Sozialem spricht man ihr zunehmend Lösungskompetenz zu, während sich die CDU-SPD-Regierung gerade vor aller Augen selbst zerlegt.